

Medien · Kultur · Kommunikation

Olaf Jandura · Manuel Wendelin

Marian Adolf · Jeffrey Wimmer *Hrsg.*

# Zwischen Integration und Diversifikation

Medien und gesellschaftlicher  
Zusammenhalt im digitalen Zeitalter



Springer VS

---

# Medien • Kultur • Kommunikation

## Herausgegeben von

A. Hepp, Bremen, Deutschland

F. Krotz, Bremen, Deutschland

W. Vogelgesang, Trier, Deutschland

M. Hartmann, Berlin, Deutschland

Kulturen sind heute nicht mehr jenseits von Medien vorstellbar: Ob wir an unsere eigene Kultur oder ‚fremde‘ Kulturen denken, diese sind umfassend mit Prozessen der Medienkommunikation verschränkt. Doch welchem Wandel sind Kulturen damit ausgesetzt? In welcher Beziehung stehen verschiedene Medien wie Film, Fernsehen, das Internet oder die Mobilkommunikation zu unterschiedlichen kulturellen Formen? Wie verändert sich Alltag unter dem Einfluss einer zunehmend globalisierten Medienkommunikation? Welche Medienkompetenzen sind notwendig, um sich in Gesellschaften zurecht zu finden, die von Medien durchdrungen sind? Es sind solche auf medialen und kulturellen Wandel und damit verbundene Herausforderungen und Konflikte bezogene Fragen, mit denen sich die Bände der Reihe „Medien • Kultur • Kommunikation“ auseinandersetzen. Dieses Themenfeld überschreitet dabei die Grenzen verschiedener sozial- und kulturwissenschaftlicher Disziplinen wie der Kommunikations- und Medienwissenschaft, der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Anthropologie und der Sprach- und Literaturwissenschaften. Die verschiedenen Bände der Reihe zielen darauf, ausgehend von unterschiedlichen theoretischen und empirischen Zugängen, das komplexe Interdependenzverhältnis von Medien, Kultur und Kommunikation in einer breiten sozialwissenschaftlichen Perspektive zu fassen. Dabei soll die Reihe sowohl aktuelle Forschungen als auch Überblicksdarstellungen in diesem Bereich zugänglich machen.

**Herausgegeben von**

Andreas Hepp  
Universität Bremen  
Bremen, Deutschland

Waldemar Vogelgesang  
Universität Trier  
Trier, Deutschland

Friedrich Krotz  
Universität Bremen  
Bremen, Deutschland

Maren Hartmann  
Universität der Künste (UdK)  
Berlin, Deutschland

---

Olaf Jandura · Manuel Wendelin  
Marian Adolf · Jeffrey Wimmer  
(Hrsg.)

# Zwischen Integration und Diversifikation

Medien und gesellschaftlicher  
Zusammenhalt im digitalen Zeitalter

 Springer VS

*Herausgeber*

Olaf Jandura  
Düsseldorf, Deutschland

Marian Adolf  
Friedrichshafen, Deutschland

Manuel Wendelin  
München, Deutschland

Jeffrey Wimmer  
Ilmenau, Deutschland

Medien • Kultur • Kommunikation

ISBN 978-3-658-15030-3

ISBN 978-3-658-15031-0 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-15031-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Lektorat: Barbara Emig-Roller

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

# Inhalt

Mediale Integration auf dem Prüfstand ..... 1  
*Olaf Jandura, Manuel Wendelin, Marian Adolf und Jeffrey Wimmer*

## **I Spannungsfeld Medien und Integration im Kontext digitaler Medienkonstellationen: Theorieperspektiven**

Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Welche Leistungen öffentlicher Kommunikation braucht eine demokratische Gesellschaft? ..... 11  
*Ralph Weiß und Olaf Jandura*

Vernetzte Individualität als Modus der Integration im hybriden Mediensystem ..... 33  
*Marian Adolf und Dennis Deicke*

Differenzierung und Integration der Gesellschaft. Über die Bedeutung des Gemeinsinns in der öffentlichen Kommunikation ..... 49  
*Julia Serong*

Nachrichtennutzung in komplexen Informationsumgebungen. „Zufälligkeit“ als tragfähiges Konzept gesellschaftlicher Integration? ..... 65  
*Cornelia Mothes*

Die Integrationsfunktion öffentlicher Kommunikation im Kontext. Formen und Möglichkeiten der Partizipation an politischer Öffentlichkeit ..... 83  
*Jeffrey Wimmer*

## **II Integration und Diversifikation in Vergangenheit und Gegenwart: Empirische Fallstudien**

Ein Blick in die Vergangenheit. Die Fragmentierung des Publikums  
von Zeitschriften ..... 105  
*Damir Babić und Olaf Jandura*

Integration durch Diversifikation. Die Mediatisierung sozialer  
Bewegungen vom „Kampf von Seattle“ bis Occupy ..... 121  
*Michael S. Daubs*

Transnationale Identitäten der Diaspora. Die Medienaneignung  
politischer Konflikte durch die lettische Diaspora in Deutschland ..... 139  
*Laura Sūna*

„Wir, die Serienjunkies“. (Il)legaler Serienkonsum im Internet als  
Form digitaler Vergemeinschaftung ..... 155  
*Annekatriin Bock*

YouTube-Hits zwischen Diversifikation und Integration ..... 171  
*Merja Mahrt*

## **III Konsequenzen der Angebots- und Publikumsfragmentierung in der Politischen Kommunikation**

Im Horizont aller? Zur Fragmentierung politischer Kommunikation  
entlang politischer Milieus ..... 189  
*Matthias Begeat*

Von der Lügenpresse und den Volksverrätern. Medien als Intermediäre  
für Vertrauens- und Misstrauensurteile gegenüber Politikern ..... 207  
*Josef F. Haschke*

Der Einfluss der Nutzung sozialer Netzwerke auf die Wahrnehmung  
des Meinungsklimas ..... 229  
*Thomas Petersen, Nikolaus Jakob, Thomas Roessing und Young Min Baek*

---

Doch mehr als Klatsch und Tratsch? Politikberichterstattung in Boulevardmagazinen des Fernsehens .....	245
<i>Raphael Kösters und Katja Friedrich</i>	
Biographische Angaben .....	263

---

# Mediale Integration auf dem Prüfstand

Olaf Jandura, Manuel Wendelin, Marian Adolf und Jeffrey Wimmer

*„Integration als die am elementarsten soziologische Problemkonstellation, da die Konstitution von Gesellschaft schlechthin betreffend, ist ohnehin immer mehr oder weniger virulent.“*

(Saxer 2012: 227)

---

## 1 Einleitung

Seit der Etablierung privater Rundfunkanbieter in Deutschland und der beginnenden Digitalisierung in den 1990er Jahren wird erneut befürchtet, dass Medieninnovationen mit einer Fragmentierung der Öffentlichkeit einhergehen. Solchen Negativszenarien gegenüber steht die Argumentation, wonach die zunehmende Diversifikation von Kommunikationsräumen der Vielfalt heutiger Lebensformen gerechter werden würde als monolithische Vorstellungen einer nationalen Öffentlichkeit. Mit Blick auf die gegenwärtigen Entwicklungen im Internet ist die Frage nach der Rolle von Medien in gesellschaftlichen Integrations- und Diversifikationsprozessen relevanter denn je: Der Umfang der prinzipiell zur Verfügung stehenden Medieninhalte ist in den letzten Jahren geradezu explodiert. Die neuen Möglichkeiten der Partizipation und Vernetzung sowie die Beständigkeit der im World Wide Web publizierten Inhalte übertreffen die Beschreibungen einer „Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen“ (Jarren/Krotz 1998) bei Weitem. Das Publikum lässt sich längst nicht mehr auf die nach professionellen journalistischen Normen für relevant gehaltenen Themen verpflichten. Es war noch nie so einfach, Kommunikationsräume jenseits einer zentrierten Massenkommunikation zu erschaffen. Was lange Zeit lediglich als Praxis einzelner gesellschaftlicher Milieus galt, scheint zunehmend zum Normalfall zu werden und stellt Vorstellungen einer funktionalen Integrationsaufgabe von (Massen-)Medien in Frage.

Wie ist es in einer solchen Situation um die kollektive Agenda bestellt, die Gemeinschaften zusammenhalten soll? Oder lassen die gegenwärtigen Entwicklungen erst deutlich werden, dass solche Vorstellungen und die einhergehenden Befürchtungen immer schon unangemessen waren? Hat die Differenzierung des Medienangebots überhaupt einen Einfluss auf die gesellschaftliche Integration? Was ist mit der Funktion einer Selbstbeobachtung der Gesellschaft, die dem Journalismus zugeschrieben wird? Sagen Verteidigung und Ablehnung solcher Theorien mehr über das zugrundeliegende Gesellschaftsbild aus denn über gesellschaftliche Kommunikationsprozesse? Hat der Wandel des Gesellschaftsbilds von der „Massengesellschaft“ hin zu individualisierungstheoretischen Sichtweisen solche Fragen grundsätzlich obsolet werden lassen?

Diese Aspekte machen deutlich, dass der Status von Medienkommunikation für Integration und Diversifikation neu reflektiert werden muss – grundlegender und umfassender als die gegenwärtige, gesellschaftspolitisch scheinbar dominierende Frage der Integration von Migranten (vgl. Geissler/Pöttker 2005, 2009). Es gibt einen großen Bedarf nach (neuen) theoretischen Begründungen und empirischer Forschung zur Rolle von Medien in Fragen nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und den damit zusammenhängenden Produktions-, Repräsentations-, Aneignungs- und/oder Wirkungsannahmen. Ausgangspunkt des Bandes ist die Jahrestagung der DGPK-Fachgruppe „Soziologie der Medienkommunikation“ im November 2014 in Düsseldorf.<sup>1</sup> Das hauptsächlich auf den Beiträgen der Jahrestagung basierende Buch möchte mit einer ausgewogenen Mischung aus theoretisch-konzeptionellen Aufsätzen (Abschnitt A) und empirischen Studien, die zum einen verschiedene Formen und Prozesse von Integration und Diversifikation beschreiben und zum anderen deren Konsequenzen analysieren (Abschnitte B und C), auf diese Fragen eingehen. Die Offenheit und Ausrichtung des Bandes soll es erlauben, das Spannungsfeld medialer wie kommunikativer Integration aus unterschiedlichen Perspektiven zu diskutieren und zu systematisieren. Eine Orientierungshilfe bieten dabei die in den einzelnen Beiträgen aus der jeweiligen Forschungsperspektive beantworteten Grundfragen, die die inhaltliche Klammer des Buches bilden:

- Wie ist das Spannungsfeld Medien und gesellschaftliche Integration im Kontext digitaler Medienkonstellationen (neu) zu theoretisieren?

---

1 Nähere Informationen zum ursprünglichen Call und Programm der Tagung finden sich unter: <http://www.dgpuk.de/fachgruppenad-hoc-gruppen/mediensoziologie/tagungen-der-fachgruppe/integration-und-diversifikation-2014/>

- Wie kann das Verhältnis von Medien/Kommunikation (u. a. Massenmedien, Öffentlichkeit etc.) und Individuum (aber auch Organisation, Netzwerk, Gesellschaft, Kultur etc.) in Bezug auf Integration konkret gefasst werden?
- Auf welche Prozesse der Produktion, Repräsentation, Nutzung, Wirkung etc. in Bezug auf Integration richtet sich das jeweilige Forschungsinteresse bzw. das übergeordnete Forschungsfeld?
- Wie ertragreich waren bisherige kommunikationswissenschaftliche Forschungsansätze theoretischer und methodischer Art im jeweiligen Bereich? Was ist zukünftig zu beachten?
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Befunden für weitere Forschungen, aber auch insbesondere für die Medienpolitik oder auch die Medienpädagogik?

Dass die Ergebnisse dabei uneinheitlich bleiben (vgl. Kapitel 2), ist kein Makel der Forschung, sondern zeigt, dass gesellschaftlicher Wandel durch Wechselwirkungen zwischen Beharrungskräften und differenziert verlaufenden Veränderungen geprägt wird. Es weist auch darauf hin, dass Integrations- und Desintegrationsprozesse bzw. -potential analytisch immer zusammengedacht werden müssen. Einheitliche Wandlungstendenzen zu schlussfolgern erscheint bei der Komplexität der zu beobachtenden medialen wie gesellschaftlichen Transformationen, wie sie z. B. in der Diskussion um die sogenannten Digital Natives zu Tage treten, als problematische Verkürzung (Hepp et al. 2014: 21ff.). Ähnliches verdeutlicht auch die aktuelle Diskussion in der Soziologie, die aber erstaunlicherweise die Rolle der Medienkommunikation wenn überhaupt dann nur am Rande berücksichtigt (vgl. Heitmeyer/Imbusch 2005, 2012). Hier ist es Aufgabe der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Forschung, kommunikative Figurationen und Kontexte von Öffentlichkeit(en) zu identifizieren (Hasebrink 2015), in denen kommunikativer und medialer Wandel oder Kontinuität zu beobachten sind.

---

## **2 Integration und Diversifikation als Forschungsthemen: Die Beiträge dieses Buches**

Im Band ist eine breite Palette an theoretischen und methodischen Zugängen sowie Problemzusammenhängen und Untersuchungsbereichen repräsentiert, die die gegenwärtige theoretische wie methodologische Vielfalt der Kommunikations- und Mediensoziologie gut widerspiegeln. Somit wird ermöglicht, dass Konvergenzen und Divergenzen der Befunde über die einzelnen Beiträge hinaus zu weiterem Nachdenken und Forschen anregen.

*Ralph Weiß* und *Olaf Jandura* diskutieren auf der Basis von Demokratietheorien die Frage, inwieweit der digitale Wandel der Kommunikationsroutinen die Bestandsbedingungen der demokratischen Ordnung in Frage stellen kann. Es wird herausgearbeitet, inwieweit es sich bei Phänomenen der Heterogenisierung um eine wünschenswerte und unproblematische Diversifikation gesellschaftlicher Kommunikation oder aber um eine Erosion der kommunikativen Grundlagen einer Demokratie handelt. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Bezugspunkte der Beurteilung wie z. B. Relevanz, Pluralität und Deliberativität.

*Marian Adolf* und *Dennis Deicke* kontextualisieren in ihrem Beitrag die integrative Funktion der Medienkommunikation aus einer explizit mediensoziologischen Perspektive, die sozial- und kommunikationstheoretische Erwägungen verbindet. Zur Klärung der Rolle der Kommunikation bedienen sie sich grundständiger Konzepte aus der System-, Handlungs- und Netzwerktheorie, um zu zeigen, dass diese spezifischen Perspektivierungen an entscheidenden Punkten konvergieren. Dabei legen sie zum einen offen, wie Kommunikation (kommunikative Anschlussfähigkeit) in der modernen Gesellschaft vollzogen wird, als auch wie diese Veränderungen mit anderen soziostrukturellen Transformationen verbunden sind (insbesondere der Individualisierung). Mit dem Begriff der vernetzten Individualisierung kennzeichnen sie diesen neuen Modus der Vergesellschaftung.

Der Beitrag von *Julia Serong* skizziert einen systemtheoretischen Ansatz, mit dessen Hilfe deutlich wird, inwiefern und unter welchen Bedingungen Öffentlichkeit die Integration der ausdifferenzierten, individualisierten Gesellschaft in horizontaler wie vertikaler Perspektive zu leisten vermag. Im Wechselspiel von funktionaler Ausdifferenzierung und Medialisierung erweist sich der Gemeinsinn der Individuen als unverzichtbare ‚sozio-moralische Ressource‘, deren weitreichende Bedeutung vor allem von der Mediennutzungsforschung, aber auch im Diskurs über Medienqualität bislang unterschätzt wurde. Partizipative und kollaborative Formen der öffentlichen Kommunikation werden in einer digitalen Öffentlichkeit dabei zu wichtigen Kernelementen einer integrativen Medienöffentlichkeit.

*Cornelia Mothes* widmet sich der demokratietheoretisch wie journalistisch gleichsam relevanten Grundfrage, wie die zunehmende Vielfalt und Komplexität der (zufälligen) Nachrichtennutzung angemessen zu modellieren ist. Sie verbindet dabei analytisch die Angebotsperspektive mit der Nutzerperspektive, die bisher getrennt voneinander behandelt wurden, um die scheinbaren Paradoxien gegenwärtiger Nutzungspraktiken und deren gesellschaftliche Tragweite rekonstruieren zu können.

*Jeffrey Wimmer* beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Integrationsprozessen jenseits von Wirkungsfragen und politischer Öffentlichkeit in einem engeren Sinne. Öffentlichkeit wird hier als ein multidimensionales Phänomen skizziert, das sich

dynamisch nicht nur über mehrere Komplexitätsebenen öffentlicher Kommunikation erstreckt, sondern zugleich immer auch sowohl auf strukturelle als auch subjektbezogene Aspekte verweist. So ändert sich aus subjektbezogener Sicht die Wahrnehmung und Teilhabe an Öffentlichkeit(en) und damit der Sinn von Öffentlichkeit, da sich Bürger zunehmend in höchst unterschiedlichen Lebenswelten bewegen. In struktureller Hinsicht geschieht dieser Prozess scheinbar losgelöst von politischen Geltungsbereichen, journalistischen Leitmedien und physischen Bezügen, die mit recht unterschiedlichen, zum Teil sehr eskapistischen und/oder unterhaltungsbezogenen Öffentlichkeitsanbindungen einhergehen können, aber nicht müssen.

*Damir Babić* und *Olaf Jandura* untersuchen die Frage, inwieweit der Individualisierung der Mediennutzung eine Ausdifferenzierung des Medienangebots vorausläuft. Zu diesem Zweck wird eine Sekundärdatenanalyse der Daten der MA-Zeitschriften durchgeführt. Sie kann u. a. klar verdeutlichen, dass ein fragmentiertes Informationsangebot sowie eine fragmentierte Zuwendung zu massenmedialen Angeboten zunächst zur Verkleinerung und schließlich zum Verlust der massenmedialen Öffentlichkeit führen kann.

Der Beitrag von *Michael S. Daubs* knüpft konzeptionell an der Mediatisierungstheorie sowie aktuellen Ansätzen aus der Bewegungsforschung an. Am Beispiel der Occupy-Bewegung diskutiert er die Frage, inwieweit soziale Bewegungsorganisationen die Utopie einer internen Arena-Öffentlichkeit, die gleichzeitig die Meinungsvielfalt als auch Inklusivität einer Bewegung sichert, einlösen können.

Der Beitrag von *Laura Sūna* befasst sich mit mediatisierten Identifikationsangeboten und Sinnhorizonten, die zur Konstruktion und Artikulation kollektiver Vorstellungen und Identitäten von Migrantinnen und Migranten als Teil einer Diaspora beitragen können. Im Speziellen wird am Beispiel der Medienaneignung des Konfliktes in der Ukraine im Frühjahr 2014 die Konstruktion transnationaler Identität der lettischen Diaspora in Deutschland diskutiert.

Anhand der Zusammenführung des Digitalisierungs- und Vergemeinschaftungsbegriffs diskutiert der Beitrag von *Annekatrin Bock* wesentliche Kontexte der (Online-)Serienrezeption. Auf der Basis einer Rezeptionsstudie kann sie schlussfolgern, dass die medialen Akteure (u. a. Serienproduzenten) immer weniger durch die von ihnen verantwortete Angebotslenkung bzw. -fragmentierung Einfluss auf die Serienrezeption nehmen. Vielmehr gestalten die online-affinen Mediennutzer durch widerständische Rezeptionspraktiken ihre Serienrezeption selbst und nehmen somit zusehends wiederum Einfluss auf die Serienmacher und -vermarkter.

*Merja Mahrt* befasst sich in ihrer Studie mit digitalen Medienplattformen und ihrem Integrationspotential. Mit Hilfe einer Inhaltsanalyse populärer YouTube-Videos kann sie veranschaulichen, dass hier im Vergleich zum traditio-

nellen Fernsehen nicht nur eine sehr viel größere Bandbreite an Inhalten, sondern auch an (neuen) Genres angeboten werden. Darauf aufbauend wird postuliert, dass die Integrationsleistung von Videoplattformen nicht auf der gesellschaftlichen Makroebene sondern auf der Ebene von (Nutzer-)Gemeinschaften zu verorten sei.

Auf der konzeptionellen Basis politischer Milieus stellt der Beitrag von *Matthias Begeat* die Frage, ob und inwiefern sich für die verschiedenen Typen politischer Grundhaltungen heterogene Muster politischer Informationsnutzung identifizieren lassen. Im Rahmen einer qualitativen Studie wird die politische Informationsnutzung sowie die Themenwahrnehmung (Relevanz und Deutung) unter der besonderen Beachtung subjektiver Deutungsmuster untersucht. Die Studie knüpft damit an kommunikationswissenschaftliche Forschung zur Segmentierung der Öffentlichkeit an, indem es beschreibbar macht, was die politische Informationsnutzung prägt und welche Folgen sich daraus für die Wahrnehmung und Ausdeutung von Themen ergeben.

*Josef F. Haschke* fokussiert unter dem Schlagwort ‚Lügenpresse‘ politikorientierte Vertrauensurteile und verknüpft diese mit den lebensweltlichen Kontexten der Mediennutzer. Auf der Basis einer quantitativen wie qualitativen Befragungsstudie kann er sieben Typen von Bürgern identifizieren, die nicht nur eine unterschiedliche politische Kommunikationspraxis aufweisen, sondern auch den Medien eine je spezifische Funktion zuschreiben. Der Beitrag kann somit gut verdeutlichen, wie integrierend und diversifizierend zugleich Medien wirken können.

Der Beitrag von *Thomas Petersen, Nikolaus Jakob, Thomas Roessing* und *Young Min Baek* widmet sich empirisch anhand einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung der Frage, ob interaktive Angebote wie Blogs, Foren oder der sozialen Netzwerke, vielleicht nicht nur die Muster der Mediennutzung der Bevölkerung rasch ändern, sondern mit ihnen auch die Strukturen der Meinungsbildung insgesamt und damit die Rolle, die die traditionellen Massenmedien wie die Zeitungen und die Rundfunkanstalten bei der Bildung der öffentlichen Meinung einnehmen.

Ausgangspunkt der Studie von *Raphael Kösters* und *Katja Friedrich* ist die von partizipativen Öffentlichkeitstheorien abgeleitete Annahme, dass auch mediale Boulevardangebote politische Funktionen einnehmen können. Auf der Basis einer Inhaltsanalyse der Politikberichterstattung deutscher TV-Boulevardmagazine kommen sie zu dem Fazit, dass der Umfang erwartungsgemäß nur gering ist. Allerdings zeigen sich andere, „alternative“ Politikdarstellungen, die das Potential besitzen, den „Durchschnittsbürger“ im politischen Diskurs zu integrieren.

Diese Einleitung soll mit einem herzlichen Dank an die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf für die Unterstützung der Tagung sowie bei den Reihenherausgebern Maren Hartmann, Andreas Hepp, Friedrich Krotz und Waldemar Vogelgesang, die unsere Publikation überhaupt erst ermöglichten,

enden. Für ihre tatkräftige Hilfe bei der Herstellung des Buches danken wir Julia Gärtner, Christian-Alexander Heinrich, Lisa Korcik sowie Barbara Emig-Roller und Monika Mülhausen von Springer VS.

## Literatur

- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Band 1: Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld: transcript.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2009): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Band 2: Forschungsbefunde. Bielefeld: transcript.
- Hasebrink, Uwe (2015): Kommunikationsrepertoires und digitale Öffentlichkeiten. In: Hahn, Oliver/Hohlfeld, Ralf/Knieper, Thomas (Hrsg.): Digitale Öffentlichkeit(en). Konstanz: UVK, S. 35-49.
- Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS.
- Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.) (2012): Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand. Wiesbaden: VS.
- Hepp, Andreas/Berg, Matthias/Roitsch, Cindy (2014): Mediatisierte Welten der Vergemeinschaftung. Kommunikative Vernetzung und das Gemeinschaftsleben junger Menschen. Wiesbaden: VS.
- Saxer, Ulrich (2012): Mediengesellschaft. Eine kommunikationssoziologische Perspektive. Wiesbaden: VS.



I

**Spannungsfeld Medien und Integration  
im Kontext digitaler  
Medienkonstellationen:  
Theorieperspektiven**

---

# Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt

## Welche Leistungen öffentlicher Kommunikation braucht eine demokratische Gesellschaft?

Ralph Weiß und Olaf Jandura

---

### 1 Entfaltung demokratischer Vielfalt oder Erosion kommunikativer Grundlagen der Demokratie?

Kommunikationsräume und -ströme vervielfältigen sich weiter und werden in ihrer thematischen Substanz und in ihrer sozialen Konfiguration heterogener. Die Angebote professioneller Medien fungieren teils als Arenen öffentlicher Kommunikation, teils werden sie dekomponiert und als Elemente sozialer Netzwerkcommunication rekonfiguriert. Zugleich wandeln sich die Grundlagen für den Journalismus und in der Folge auch seine Leistungen. Einer geläufigen Formel zufolge lässt sich der Journalismus über eine Reihe von gesellschaftlichen Funktionen beschreiben: Er stellt Themen für die gesellschaftliche Anschlusskommunikation bereit. Er informiert dabei über das für alle relevante Geschehen in Politik und Gesellschaft. Damit schafft er Grundlagen für die freie Auseinandersetzung von Meinungen und Positionen und ist auf diese Weise für die Demokratie „schlechthin konstituierend“. So in etwa sieht das Bild aus, das Kommunikationswissenschaft, Medienrecht und -politik und die Profession selbst annähernd übereinstimmend von den Leistungen des Journalismus zeichnen. Aber kann er sie noch erbringen? Durch die Digitalisierung erwächst den traditionellen Medien neue, massive Konkurrenz im Kampf um Publikumsaufmerksamkeit und Werbegelder. Weil beide zunehmend ins Internet abwandern, schwinden die ökonomischen Ressourcen für klassischen, hochwertigen Journalismus, für den die Rezipienten aufgrund der „Gratismentalität“ im Netz zudem immer weniger zu zahlen bereit sind. Der durch das Internet steigende Aktualitätsdruck beschneidet zugleich die Zeit für sorgfältige, umfassende Recherchen – obwohl die Orientierungsleistung des Journalismus angesichts der Informationsflut und der immer zahlreicheren nichtpublizistischen Angebote wichtiger denn je wird (Pöttker 2013; Jarren, Künzler & Puppis 2012). Diese Entwicklungen schlagen sich in einigen Ländern, beispielsweise der Schweiz,

bereits jetzt in einer sinkenden Qualität publizistischer Medienangebote nieder, was sie zum gesamtgesellschaftlichen Problem werden lässt (fög 2014).

Was also bedeuten solche Veränderungen in den Kommunikationsroutinen der Gesellschaft? Der folgende Beitrag diskutiert diese Frage mit Blick auf die Bestandsbedingungen für eine demokratische politische Ordnung. Den Ausgangspunkt bildet eine Vergewisserung, die auf die Theorie der Demokratie zurückgeht, um zu prüfen, ob sich aus der politischen Verfassung demokratischer Gesellschaften Funktionen gesellschaftlicher Kommunikation ableiten lassen, die – wie auch immer – realisiert werden müssen, wenn diese Verfassung erhalten bleiben soll. Mit Blick auf diese Leistungen sollen die Fragen herausgearbeitet werden, deren Beantwortung besser unterscheidbar machte, inwieweit es sich bei Phänomenen der Heterogenisierung um eine wünschenswerte oder unproblematische Diversifikation gesellschaftlicher Kommunikation oder aber um eine Erosion der kommunikativen Grundlagen einer Demokratie handelt.

---

## **2 Öffentlichkeit ist eine Schlüsselkategorie der Moderne (Imhof 2003)**

Die Klärung des Begriffs und die Entfaltung seiner Bestimmungen bilden daher einen geeigneten Ausgangspunkt, um die Bedeutung der Heterogenisierung gesellschaftlicher Kommunikation qualifizieren zu können. Mit dem Begriff der Öffentlichkeit verbindet sich die „wirmächtigte Utopie der Menschheit: Die Idee, dass die freie öffentliche Kommunikation dem Menschen den ‚logos‘, also Vernunft, Sinn und eine entsprechende Gesellschaft ermöglicht“ (Imhof 2013, 9). Denn in den Bestimmungen der Öffentlichkeit verbinden sich zwei Prinzipien, die seit der Aufklärung für das gesellschaftliche Leben und die politische Verfasstheit moderner demokratischer Gemeinwesen konstitutiv geworden sind (Imhof 2003, 193f.). Das Prinzip der *Volkssouveränität* verpflichtet die Inhaber politischer Macht darauf, als Organe des Willens der Regierten, resp. einer Mehrheit unter ihnen, zu agieren. Dafür ist eine Sphäre öffentlicher Kommunikation nötig, in der die Inhaber von Macht Rechenschaft vor einem Bürgerpublikum ablegen, das die Geltungsansprüche der Begründungen für Politik vor dem Hintergrund seiner lebensweltlich grundierten Auffassungen des Wichtigen und Richtigen prüft und beurteilt (Marschall & Weiß 2011). Diese Legitimierung von Politik ist ein unabschließbarer Prozess (Sarcinelli 1998). Damit er gewährleistet ist, müssen die dafür nötigen kommunikativen Voraussetzungen – das Beschaffen, Prüfen und Bereitstellen von Informationen, die für Transparenz und kritische Bewer-

tung sorgen – durch darauf spezialisierte Organisationen auf Dauer bereitgestellt werden (Jarren 2008). Darüber hinaus müssen sie für alle Teile der Bürgerschaft verfügbar sein und von allen genutzt werden. Denn das Prinzip der Legitimierung fußt auf dem Einschluss aller Bürgerinnen und Bürger, die mit gleichem Recht an der Regelung der Belange aller teilhaben. Wo erhebliche Teile der Bürgerschaft aus diesem Prozess ausgeschieden sind, weil sie sich ausgegrenzt finden oder von sich aus keinen Zugang sehen, ist eine Demokratie „defekt“.

Das zweite elementare Prinzip, das seit der Aufklärung für die gesellschaftlichen Verhältnisse konstitutiv geworden ist und die Öffentlichkeit zu einer Schlüsselkategorie für ihr Verständnis macht, ist die *Rationalisierung*. Zur Freiheit des Bürgers gehört es, dass er keine anderen Geltungsansprüche akzeptieren muss als solche, die ihm aus Gründen der Vernunft um seiner selbst willen einleuchten. Rational ist ein Handeln, das auf objektivem Wissen um seine Voraussetzungen und seinen Inhalt gründet, bei dem sich das Individuum selbst als das freie Subjekt seines Tuns weiß und das auf den arbeitsteiligen sozialen Zusammenhang des eigenen Tuns mit demjenigen von Gleichen eingestellt ist. Auch politische Entscheidungen, die alle etwas angehen, weil alle von ihnen betroffen sind, müssen diesem Anspruch standhalten, mit Vernunftgründen als eine rationale Wahl zum Besten aller eingesehen werden zu können, wenn das Prinzip der Freiheit nicht unterlaufen werden soll.

Nun differieren die Auffassungen freier Bürger über das Wichtige und Richtige mit der Heterogenität ihrer Lebenslagen. Die öffentliche Kommunikation ist die Sphäre, in der diese Heterogenität für die Bürgerschaft selbst wahrnehmbar wird. Sie ist zugleich der soziale Raum, in dem Interessen in Vorschläge für Regelungen zum Wohle aller transformiert werden, welche miteinander darum konkurrieren, Folgebereitschaft für die eigene Position zu schaffen, indem entgegenstehende Erwägungen als falsche oder nicht zustimmungswürdige Positionen diskreditiert werden.<sup>1</sup> Indem die öffentliche Debatte die freien Bürger mobilisiert, um ihrer eigenen Interessen willen Argumente zu produzieren, die ihre Idee für das Wohl aller mit guten und zustimmungswürdigen Gründen versehen oder entgegenstehende Argumente als schlechte Gründe erweisen, etabliert sie den sozialen Mechanismus, der die Grundlage dafür schafft, dass politische Entscheidungen rational getroffen werden. Nach dem Verlust metaphysischer Gewissheiten ist diese prozedurale Bürgerschaft die einzige Grundlage der Rationalität (Habermas 1988).

Dieser Modus öffentlicher Kommunikation unterstellt, dass sich die Bürger als Mitglieder einer Gemeinschaft begreifen und behandeln, welche im Nationalstaat

---

1 In diesem Prozess bewahrheitet sich die Freiheit der Bürger. Darin stimmen die republikanische und die liberale Tradition des Demokratieverständnisses überein (Glasser 2009, 94, 96).

das Mittel der Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Beziehungen hat, an dem alle mit gleichem Recht teilhaben können. Diese „Rechtsgemeinschaft“ (Imhof 2013, 10) wird durch öffentliche Kommunikation erst als solche für sich wahrnehmbar und als soziale Entität wirksam. Insofern schafft öffentliche Kommunikation diese Gemeinschaft auch. Der Begriff der Öffentlichkeit schließt daher als dritte elementare Bestimmung auch die Idee ein, dass mit ihr eine Sphäre der *Integration* geschaffen wird, in der heterogene Kommunikationsströme aus verschiedenartigen Kommunikationsarenen so miteinander vermittelt werden, dass die Bürgerschaft *für sich* als soziale Gemeinschaft konstituiert wird. Dazu gehört, dass die Vielfalt der Thematisierungen zu einer milieu- und arenenübergreifend synchron bearbeiteten Agenda fokussiert wird, auf deren Grundlage erst die Auseinandersetzung um das Richtige geführt werden kann. Darüber hinaus müssen die heterogenen Positionen und Perspektiven in ihren Geltungsansprüchen wechselseitig füreinander wahrnehmbar und verstehbar werden; denn nur dann kann sich im Zuge dieser Auseinandersetzung jenseits der Konkurrenz der Positionen ein gesellschaftlicher Konsens darüber reproduzieren, welche politischen Bestrebungen grundsätzlich legitim und welche Formen der zivilen Konfliktaustragung von allen akzeptiert sind. Ein solcher Konsens bildet die Grundlage für das Gelingen der Legitimierung von Politik.

Die Theorie der Öffentlichkeit weist der Sphäre öffentlicher Kommunikation eine konstitutive Bedeutung für moderne Demokratien zu. Erst vermittelt öffentlicher Kommunikation wird das Prinzip der Volkssouveränität in einer nicht nur formellen, sondern auch substanziell gehaltvollen Weise wahr gemacht. Erst öffentliche Kommunikation schafft die Grundlage dafür, dass sich die Bürgerschaft als das Subjekt demokratischer Politik begreifen und konstituieren kann. Legitimierung, Rationalisierung und Integration sind die allgemeinsten Bestimmungen für die Leistungen öffentlicher Kommunikationsprozesse, von denen die Funktionsfähigkeit einer Demokratie abhängt.

Der Versuch, aus diesen elementaren Bestimmungen *Standards* für die Qualifizierung öffentlicher Kommunikationsprozesse abzuleiten, führt in die „Plethora“ (Strömbäck 2005, 333) der Kataloge von Qualitätskriterien hinein. Die Vielzahl der Konzepte geht auf die Pluralität demokratietheoretischer Konzeptionen zurück, aus denen je unterschiedlich akzentuierte Standards für die Performanz der Öffentlichkeit hergeleitet werden (Glasser 2009, Ferree u. a. 2002, Jandura & Friedrich 2014, Strömbäck 2005). Wir wollen demgegenüber zu den Kernbestimmungen zurückfinden, die diesseits der Differenzierung in verschiedene Konzepte als Notwendigkeit für eine Demokratie nachgewiesen werden können. Diese Kernbestimmungen sind als Bezugspunkte für die Beurteilung entworfen, inwiefern Prozesse der Diversifikation und Heterogenisierung die kommunikativen Voraussetzungen

einer Demokratie berühren. Die Unterscheidung zentraler Dimensionen baut auf der Systematisierung bei Ferree u. a. (2002) und Jandura & Friedrich (2014) auf.

---

### **3 Die Sachdimension öffentlicher Kommunikation: Relevanz**

Es liegt in der Natur der Sache, dass die öffentliche Kommunikation, sobald sie über den beschränkten Kreis sozialer Netzwerke hinausreicht, auf ein begrenztes Repertoire von Themen fokussiert und diese Agenda unablässig umwälzt. Es entspricht ferner der Erfahrung, dass sich dabei in den von Medien geschaffenen Foren das Spektrum der verhandelten Themen und die Art ihrer Behandlung ausdifferenziert, je nach dem publizistischen Programm, mit dem ein Medium sich ein Segment aus der sozial und politisch heterogenen Gesellschaft zu seinem Publikum machen will. Inwiefern lassen sich mit Blick auf diese permanent sich wandelnde und differenzierende Kommunikationslandschaft allgemeine Bestimmungen für den Sachgehalt öffentlicher Kommunikation finden, deren Notwendigkeit demokratiethoretisch begründet ist?

Da öffentliche Kommunikation eine Schlüsselrolle für die *Vermittlung* zwischen Macht und Bürgerschaft in repräsentativen demokratischen Systemen hat, lässt sich die inhaltliche Substanz öffentlicher Kommunikation mit Blick auf die Pole der Politikvermittlung näher bestimmen. Eine elementare Notwendigkeit besteht darin, für die *Transparenz* der Ausübung politischer Macht zu sorgen. Dass Problemdefinitionen und Entscheidungen politischer Akteure für alle Mitglieder eines politischen Gemeinwesens wahrnehmbar und beurteilbar gemacht werden, ist die Voraussetzung dafür, dass die Politik der Rechenschaftspflicht nachkommt, mit der das Prinzip der Repräsentation, der Delegation von Macht durch das Volk als Souverän, erst wahrgemacht wird (Ferree et al. 2002, 317f.). Darin liegt die „Legitimations- und Kontrollfunktion“ öffentlicher Kommunikation (Imhof 2013, 10). Daher müssen die Themen, die in den parlamentarischen Körperschaften auf die *politische Tagesordnung* gesetzt werden, auch in den Foren öffentlicher Kommunikation aufscheinen, wenn das Bürgerpublikum instand gesetzt werden soll, sich von Positionen und Handeln seiner Repräsentanten ein Bild zu machen. Das betrifft im Kern den Akt der Gesetzgebung als Abschluss der Phase der Kompromiss- und Entscheidungsfindung im Policy-Zyklus sowie die ihr unmittelbar vorausgehende Etappe des Streits über Entscheidungsalternativen.

Mit Blick auf das *Themenrepertoire* öffentlicher Kommunikation ist daher Folgendes zu klären: Wie kommen Themen aus dem politischen Prozess auf die Agenda

von Medien? Welche Themen gehen in die Medienagenda ein, welche nicht? Worin unterscheiden sich diesbezüglich die Medienagenden in verschiedenen Sektoren des Mediensystems? Wie selektiv werden die Themen der politischen Agenda in heterogenen Kommunikationsräumen jenseits der Medienarenen aufgegriffen? Was ist das Prinzip dieser Selektivität? Inwieweit teilen sozial differente Kommunikationsräume noch dieselben Themenagenden bzw. zwischen welchen Räumen gibt es Themenüberschneidungen? Um bei der Analyse von Themenrepertoires bestimmen zu können, ob und inwieweit öffentliche Kommunikation die Funktion erfüllt, für Transparenz zu sorgen, ist der Vergleich der Medienagenden sowie der Kommunikationsagenden in sozialen Netzwerken mit der Agenda des politischen Systems als *externem Maßstab* nötig.

Dabei ist freilich zu bedenken, dass die Politikagenda auch in Hinsicht auf ihre mediale Vermittelbarkeit ausgebildet wird. Das betrifft vor allem die Art der Darstellung und Vermittlung von politischen Positionen zu Themen. Es mag auch in begrenztem Maße für die Themen selbst gelten, die auf die Agenda gerückt werden. Allerdings ist der Bezug auf die Medienarenen nicht der einzige und auch nicht der ausschlaggebende Grund für den Problemhaushalt, den Politik bearbeitet. Das politische System nimmt über Kanäle der Interessenvertretung und über die Parteien als Agenturen der Interessenaggregation Problemdefinitionen auf. Das Aushandeln von Relevanzhierarchien und Problemlösungsoptionen erfolgt auf mehreren Ebenen – in Parteien, in parlamentarischen Lagern, in und mit der Bürokratie, in Netzwerken mit gesellschaftlichen Akteuren (Korte & Fröhlich 2004). Der Bezug auf die Medienarenen ist also nur *ein* bestimmendes Moment der Politik neben anderen. Gegen die Vorstellung, mit der Politikagenda habe man bereits ein Produkt der Medienagenda vor sich, spricht zudem, dass Medien die Themen nicht kreieren, wenn sie aus Ereignissen auswählen. Die Politikagenda hat eine eigene Konstitutionslogik. Politik wirkt von sich aus auf die Medienagenda ein, auf die sie sich dann als Bedingung politischen Handelns wiederum bezieht (Esser 2013). Es bleibt daher sinnvoll, nach dem *Verhältnis* zwischen Politikagenda und Medienagenda zu fragen. Denn daran entscheidet sich, inwieweit die medienvermittelte öffentliche Kommunikation für Transparenz sorgt.

Das gilt in gleichartiger Weise auch für den zweiten Bezugspunkt zur Analyse des Repertoires öffentlich in Umlauf gebrachter Themen, der sich aus öffentlichkeitstheoretischen Überlegungen ableiten lässt. Er besteht in der Bürgerschaft als dem zweiten Pol im Prozess der Politikvermittlung. Moderne Gesellschaften sind in ihren Erwartungen an und Bezugnahmen auf Politik stark differenziert. Themen und Entscheidungsoptionen, die es auf die parlamentarische Ebene geschafft haben, bilden demgegenüber nur einen kleinen, hoch selektiven Ausschnitt ab. In dieser Selektivität spiegeln sich die je aktuellen Relationen gesellschaftlicher

Machtungleichheit wider. Unterlegene, minoritäre und im politischen Raum kaum repräsentierte Problemsichten und Positionen haben aber einen legitimen Anspruch, im Prozess politischer Entscheidungsfindung mitzuwirken und für die Akzeptanz ihrer Positionen im politischen Gemeinwesen zu kämpfen.

Damit dieses *Teilhaberecht* auf unverkürzte Weise wahrgenommen werden kann, muss der Raum öffentlicher Kommunikation offen sein für Themen, die Akteure jenseits des politischen Macht- und Entscheidungszentrums der gesellschaftlichen Meinungsbildung vorlegen wollen. Partizipatorische Ansätze und kritische Theorien heben daher besonders die Bedeutung nicht-vermachteter, lebensweltlich grundierter Perspektiven in der öffentlichen Kommunikation hervor. Das hat eine soziale Dimension (welche Sprecher erhalten Zugang zu den Medienarenen – siehe 4.) und eine prozedurale Dimension (welche Äußerungsformen sind legitim und funktional – siehe 5.). Es spielt aber auch schon für die Sachdimension, d. h. für die Beurteilung des Themenangebots öffentlicher Kommunikation eine Rolle. Denn aus dem *Prinzip der Repräsentation* ergibt sich nicht nur, dass das Handeln der Agenten vor die Augen der Entsendenden gestellt und so verhandelbar gemacht werden muss. Es lässt sich aus ihm auch ableiten, dass gesellschaftlich zirkulierende Problemsichten öffentlich repräsentiert und so an das politische System als Bezugspunkt seiner Legitimierung herangetragen werden. Vor allem wird auf diese Weise für die Mitglieder eines politischen Gemeinwesens selbst erst erkennbar, welche politischen Bestrebungen in ihm virulent sind. Die in sich zerklüftete, in konkurrierende Bestrebungen differenzierte Bürgerschaft wird durch öffentliche Kommunikation erst vor sich repräsentiert und *für sich* transparent. Darin besteht die „Forumsfunktion“ öffentlicher Kommunikation (Imhof 2013, 10). Sie schafft die Grundlage für den Kampf der Meinungen. Daher fordert das partizipatorische Öffentlichkeitskonzept, dass Medien den öffentlichen Raum als „freien Marktplatz der Ideen“ einrichten (Ferree et al. 2002, 293, 297; Jandura & Friedrich 2014, 353f., 364f.), auf dem auch in der Machtkonkurrenz bisher unterlegene sowie machtferne, zivilgesellschaftliche Positionen Gelegenheit haben, um Zustimmung zu werben. Auch aus der liberalen Demokratietheorie abgeleitete Öffentlichkeitskonzeptionen gehen davon aus, dass die Vielfalt der politischen Bestrebungen in einer Gesellschaft durch die Präsenz organisierter kollektiver Akteure in unverkürzter Pluralität zum Vorschein kommen muss (Dahl 1989).

Die Bürgeragenden bilden den zweiten, in sich differenzierten *mediensexternen Bezugspunkt* für die Beurteilung, was öffentliche Kommunikation für die Vermittlung zwischen Politik und Bürgerschaft leistet. Wieder ist zu bedenken, dass die Vorstellung von Bürgern, was ihnen aktuell wichtig ist, von den Themen, die Medien an sie herantragen, beeindruckt und mit geformt ist. Dies gilt im Besonderen für Themen, die sich dem Erfahrungshorizont von Bürgern entziehen. Was Bürgern

wichtig und richtig erscheint, hat aber auch und vor allem in lebensweltlichen Erfahrungen seine Grundlage. Die Medienwirkungsforschung und in Sonderheit die Agenda-Setting-Forschung wissen darum, dass die Einflussmacht von Medien durch persönliche Betroffenheit, Erfahrungen und Einstellungen moderiert wird (Schulz 2009, 111). Die lebensweltliche Situierung der Menschen geht dem Mediengebrauch voraus, organisiert den Zugriff auf Medien, prägt die Verarbeitung ihrer Inhalte und begrenzt daher auch den Einfluss, der von Mediendarstellungen ausgeht.<sup>2</sup> Der Eigensinn der Lebenswelt macht die Vorstellungen der Bürger über das Wichtige und Richtige zu einem *eigenständigen* Bezugspunkt für die Beurteilung, was Medien davon öffentlich verhandeln.

Die Bürgeragenden sind heterogen. Denn die Vorstellungen, welche Themen für das Gemeinwesen aktuell wichtig sind, werden sich entlang der Verschiedenartigkeit von Lebenserfahrungen im Kontext sozialer Milieus und aufgrund der Unterschiedlichkeit weltanschaulicher Perspektiven in politischen Milieus sozial differenzieren. Mit Blick auf die von Medien formierte öffentliche Kommunikation ist dann zu bestimmen, wie breit oder segmentär die soziale Heterogenität von *Themenrelevanzen* in den Kommunikationsarenen repräsentiert ist. Dabei sollte sich auch zeigen, welche Rolle verschiedene Medien für die öffentliche Repräsentanz der Agenden unterschiedlicher Milieus spielen.

Mit der Vermessung von Inhalt und Breite des Themenrepertoires kann rekonstruiert werden, inwieweit zum Inhalt öffentlicher Kommunikation wird, was nach Maßgabe von Politikagenda und Bürgeragenden *Relevanz* hat und welchen Themen und Perspektiven die öffentliche Kommunikation Relevanz zumisst. Die Öffentlichkeitstheorien gehen darüber hinaus davon aus, dass mediale Arenen in einer Weise miteinander vernetzt sind, die einen integrierenden Kommunikationsraum schafft. Die Integrationsleistung besteht einerseits in der Synchronisation der Auseinandersetzung mit Themen sowie andererseits in der milieübergreifenden Vermittlung heterogener Perspektiven in Gesellschaft und Politik. Zur Analyse der Sachdimension öffentlicher Kommunikation gehört es daher auch zu prüfen, wieweit die *Konsonanz* im Repertoire und in der Darstellung einzelner Themen reicht. Werden die einschlägigen Leistungen verschiedener Kommunikationsarenen in Hinsicht auf das Spektrum von Themen und Positionen klassifiziert, kann auch beurteilt werden, inwiefern und in welchen Segmenten des Mediensystems es zu Einschränkungen in Hinsicht auf Transparenz und Vielfalt kommt. Der

---

2 Bennett und Iyengar plädieren daher – unter Verweis auf Ergebnisse der *selectiv exposure*-Forschung – für eine Analyse reziproker Prozesse, vermittels derer sich weltanschauliche Positionen im Gebrauch auf sie abgestimmter Informationsangebote reproduzieren (Bennett & Iyengar 2008, 724).

systematische Vergleich der Medienarenen offenbart, inwieweit das Desiderat eines integrierenden Kommunikationsraums erfüllt wird oder inwiefern sich segmentierte Kommunikationsräume ausbilden. Mit Blick auf die Integrationsfunktion öffentlicher Kommunikation ist von Belang: Inwieweit finden die Themenhorizonte verschiedener Segmente der Bevölkerung Eingang in die Kommunikationsarenen? Inwiefern sorgen diese Arenen für die wechselseitige Wahrnehmbarkeit der Welt- und Problemsichten unterschiedlicher Teile der Bevölkerung? Oder fungieren sie als Plattform für den Austausch Gleichgesinnter, der gegen Kommunikationsimpulse von außen abgeschlossen ist?

---

#### **4 Die Sozialdimension öffentlicher Kommunikation: Pluralität**

Öffentlichkeitstheoretische Überlegungen erklären übereinstimmend, dass die Vielfalt der im öffentlichen Diskurs vertretenen Positionen eine notwendige Grundlage demokratischer Politik ist (Ferree et al. 2002; Jandura & Friedrich 2014). Nur wenn konkurrierende Positionen in politischen Entscheidungsfragen, die heterogene Politikerwartungen in der Gesellschaft artikulieren, erkennbar eine Chance haben, im öffentlich ausgetragenen Ringen um politische Durchsetzung teilhaben zu können, ist eine Grundlage dafür geschaffen, dass das am Ende gültig gemachte Ergebnis als *legitim* betrachtet werden kann (Gastil 2008).

Die Ansätze differieren in der Auffassung, was notwendigerweise in diese öffentlich vermittelte Positionsvielfalt eingehen soll. Die liberale Öffentlichkeitstheorie fordert die Präsenz der organisierten politischen Akteure, die den parlamentarischen Körperschaften angehören. Diese sind durch den Grad der Zustimmung, der sie ihre parlamentarische Vertretung verdanken, in besonderer Weise als Repräsentanten gesellschaftlicher Meinungsströmungen autorisiert. Die herrschenden Fraktionen brauchen die Gelegenheit, sich vor dem Bürgerpublikum zu rechtfertigen, um ihre Macht zu sichern. Die oppositionellen Fraktionen brauchen die Gelegenheit, ihre Politikalternativen vor dem Bürgerpublikum vorzutragen. Nur dann bleibt die Chance auf einen Machtwechsel und damit die Offenheit für politischen Wandel, die zum Wesenskern einer Demokratie gehört (Jandura 2011, Schmidt 2010).

Partizipatorische und kritische Ansätze heben demgegenüber die besondere Bedeutung der Präsenz zivilgesellschaftlicher Akteure im öffentlichen Raum hervor. Sie erkennen darin ein Korrektiv gegen die Marginalisierung und Diskreditierung minoritärer Positionen, welche in der Logik der Techniken des Machterhalts dominierender Kräfte liegen (Ferree et al. 2002, 317f.). Darüber hinaus schreiben

sie den lebensweltlich fundierten Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteure das Potenzial zu, früher und authentischer als Akteure, die in die Regeln des Machtbetriebes eingebunden sind, Probleme artikulieren und an das politische System herantragen zu können. Daher fordern diese Ansätze, dass gegen die Tendenz von Medien, Akteuren mit hohem Machtstatus bevorzugt Relevanz zuzuschreiben, gerade den machtfernen Akteuren ein privilegierter Zugang zu den Arenen der Öffentlichkeit verschafft werden müsse. Erst mit der *Inklusion* von Akteuren jenseits der Sphäre der Macht könne ein Prozess allgemeiner Meinungs- und Willensbildung geschaffen werden, der die heterogenen gesellschaftlichen Problemsichten und Politikerwartungen tatsächlich in sich aufnehmen kann.

Aus diesen verschiedenen öffentlichkeitstheoretischen Ansätzen lässt sich übereinstimmend die Notwendigkeit ableiten, dass die *Vielfalt der Positionen* in öffentlichen Diskursen zum Vorschein kommen muss. Die theoretischen Kontroversen werden für die Beantwortung der Frage relevant, wann die notwendige positionsbezogene Vielfalt vorliegt. Was ist dafür ein angemessener *Maßstab*? Die Frage wird dadurch verkompliziert, dass je nach Politikfeld andere Akteure und Akteurskonstellationen relevant werden. Mit dem Wechsel der Themen verschiebt sich daher auch das Spektrum der relevanten und beachtenswerten Akteure. Dies gilt zwar für Parteien, die Optionen über das gesamte Spektrum der Policy-Bereiche entwickeln und vertreten, nur in eingeschränktem Maße (nämlich mit Blick auf die Themenfelder, in denen eine Partei keine Profilstärke hat oder sucht). Aber für Organisationen der Interessenvertretung und weitere zivilgesellschaftliche Akteure wird die Überlegung wirksam. Auch bezogen auf einzelne Themenfelder und für jedes differenziert stellt sich daher die Frage, wann von einer *angemessenen Repräsentation* von Positionen im öffentlichen Raum die Rede sein kann. Kann dann überhaupt ein Maßstab für die themenübergreifende Repräsentanz von Positionen gefunden werden?

Jandura (2011) geht von dem verfassungstheoretisch begründeten Prinzip der politischen Chancengleichheit als medienexternem Bezugspunkt für die Beurteilung aus, welche mediale Präsenz als angemessen gelten kann. Seine Überlegungen beziehen sich auf das Wählen und sind daher fokussiert auf die Betrachtung von Parteien. Jandura weist darauf hin, dass im politischen System der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip „abgestufter Chancengleichheit“ praktiziert werde, das zwar Parteien nach Maßgabe ihres bisherigen Wahlerfolgs besser stellt, jedoch nicht streng proportional; vielmehr werden bisher unterlegene Parteien relativ zu ihrem Stimmengewicht privilegiert, um ihre Chance auf eine Umkehrung der Machtverhältnisse zu wahren (Jandura 2011, 5). Das gilt beispielsweise für den Vergabeschlüssel für die Redezeit im Bundestag oder für die Wahlwerbespots im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Jandura 2011, 8). Hier gibt es ein politisch

ausgehandeltes und verfassungsrechtlich konsolidiertes Maß für die gebotene Chancengleichheit der Parteien bei der Präsentation ihrer Positionen. Jandura schlägt daher eine praktische Analogie vor: Das politisch etablierte Maß kann als *Maßstab* für eine angemessene Repräsentation konkurrierender politischer Positionen im öffentlichen Raum herangezogen werden (Jandura 2011, 9; siehe auch Zerback 2013, 118f.).

Dieser Vorschlag greift für die Wahlkampfauseinandersetzung, die per se zwischen Parteien ausgetragen wird. Für Streitthemen der politischen Auseinandersetzung kann er als Orientierungspunkt für die Betrachtung der Relationen zwischen parteipolitischen Akteuren dienen. Er ist hier aber um die Betrachtung weiterer Akteure (Interessenverbände, Experten, Bürger) zu erweitern. Für deren angemessene Präsenz steht jedoch kein gleichartiger Maßstab zur Verfügung. Es wäre auffällig (aber kaum erwartbar), wenn diese Sprechertypen gar nicht vertreten wären. Doch für die Proportionen der Präsenz ist damit noch kein Beurteilungsmaßstab gefunden.

Um ihm näher zu kommen, könnte die Erinnerung helfen, welchen Sinn die Forderung nach einer Vielfalt von Akteuren hat. Damit verbindet sich die Erwartung, dass die Breite gesellschaftlich virulenter Politikpräferenzen unverkürzt in den Prozess der öffentlichen Auseinandersetzung um das Richtige eingehen kann. Dabei fungiert die Verschiedenartigkeit der Sprecher als Anzeichen für die Vielfalt in der *Substanz* der zu repräsentierenden Positionen – die Vielfalt der Problemdefinitionen und der Ideen für Problemlösungen. Die öffentlichkeitstheoretisch begründbare Erwartung richtet sich darauf, dass konkurrierende politische Haltungen in der öffentlichen Auseinandersetzung um politische Entscheidungsfragen repräsentiert sind. Denn das ist die Voraussetzung dafür, dass Bürger sich anhand der konkurrierenden Positionen ihre eigene Meinung bilden, so instand gesetzt werden, an dem politischen Ringen teilzuhaben und am Ende ihre Sicht der Dinge im öffentlichen Streit artikuliert finden. Die Befähigung zur Teilhabe (Orientierungsfunktion) und die Gelegenheit zur Teilnahme (Forumsfunktion) sind wesentliche Erwartungen an die Leistungen medienvermittelter öffentlicher Kommunikation. Sie bilden die Voraussetzung für ein Gelingen der Legitimierung von Politik im öffentlichen Raum.

Was für die „Ermächtigung“ zum kompetenten individuellen Urteil als notwendige kommunikative Grundlage angesehen wird, hängt davon ab, welches Modell für den Prozess der politischen Urteilsfindung und von *Bürgerkompetenz* den Überlegungen zugrunde gelegt wird. Bürger werden sich in der Auseinandersetzung mit einem öffentlich ventilierten Thema nicht (in jedem Fall) zum Experten in der jeweiligen Sache machen. Das ist schon aufgrund der Vielzahl der Policy-Bereiche, die für sie relevant sind, ausgeschlossen. Es liegt nahe anzunehmen, dass die